

Als entwaflneter Staat können wir natürlich nur mit den Waffen des Rechtes und der Propaganda den Feldzug gegen die englischen Annexionspläne führen. Der Völkerbund, die Mandatskommission und die öffentliche Meinung sind die Schlichter, auf denen wir mit größtem Gewicht mit Feder und Wort um die Erhaltung der Kolonien für unser Volk kämpfen müssen. Grundsätzlich hat sich das Reichs-Kabinett mit dem Problem auch bereits befaßt. Es heißt, der Völkerbund in London soll angewiesen werden, bei der englischen Regierung energisch gegen den Mandatsrat zu protestieren. Ferner verlangt aus der Wilhelmstraße, daß sich im März, wenn in Genf wieder einmal die Delegierten der Völkerbund zu loblichem Zusammentreten, Gelegenheit finden werde, die Mandatskommission zu alarmieren. Aber dazu berechtigt ist wohl die Ansicht, daß sich der Völkerbund durch diese vagen deutschen Absichten nicht einschüchtern lassen wird. Um so mehr, da der bekannte Standpunkt des derzeitigen Kanzlers in der Kolonialfrage und die lähmende Atmosphäre der Passivität, die das amtliche Berlin von heute einhüllt, befürchten lassen, daß die vom Anwaltlichen Amt angeforderten Schritte unterbleiben. Und in bezug auf Genf Missionen zu haben, sollten wir nach-

gerade verlernt haben. Von diesen Gedankengängen hat sich die deutschnationale Parteileitung gewiß bestimmen lassen, als sie sich entschloß, die erwähnte Interpellation einzubringen. Denn die parlamentarische Debatte über den Youngbericht kann der deutschen Gegenaktion wider die Raubabsichten der Briten Stoffkraft und eine breite Grundlage geben, kann die öffentliche Meinung der Welt auf das Problem aufmerksam machen und weitpolitische Auswirkungen haben, wenn die Regierungsparteien, über innerpolitische Gegensätze hinwegblinzelnd, den von der deutschnationalen Opposition geworfenen Ball geschickt auffangen. Denn nur die geschlossene Front der Parteien wird die Regierung zu energischen Schritten gegen die britischen Annexionspläne veranlassen und der Welt sowie den Mandatsmächten zeigen, daß das deutsche Volk sein Recht auf die ehemaligen Kolonien und seinen Anspruch auf Kolonialmandate niemals aufgeben wird. Aufgabe der amtlichen Stellen aber ist es, Peace und Mittel zu suchen, um die berechtigten deutschen Ansprüche durchzusetzen, und vor allem schnell zu handeln, um England nicht Zeit zu lassen, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Räumungs- und Tributfrage sind unvermeidlich miteinander verknüpft

Schluß im Unterhaus
London, 4. Febr. Im Unterhaus wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob es die Politik der Regierung sei, die Regelung der Reparationsfrage mit der Frage der Rheinlandräumung in Verbindung zu bringen. Schatzkanzler Churchill antwortete: Die Regierung ist ebenso sehr von dem Wunsch befeuert, eine endgültige Regelung der Reparationen, wie eine baldige Räumung des Rheinlandes herbeizuführen. Mit beiden Fragen sind große Schwierigkeiten verknüpft. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß eine Vereinbarung über das erwähnte Problem das Zustandekommen einer Vereinbarung über die zweite Frage erleichtern würde. In dieser Weise sind beide Fragen unvermeidlich miteinander verknüpft und die Regierung wird ihr Möglichstes tun, um die Regelung beider fördern zu helfen.

Die deutschen Sachverständigen Freitag in Paris

Paris, 4. Febr. Wie an unterrichteter Stelle in Paris verlautet, werden die deutschen Sachverständigen Schacht, Böckler und Rastl am Freitag in Paris eintreffen, während Reichler erst am Sonnabend erwartet wird. Das Generalsekretariat wird unter der Leitung von Armitage-Smith, dem Generalsekretär der Reparationskommission, stehen.

Newport, 4. Febr. Wie berichtet wird, befindet sich an Bord der „Austonia“, auf der sich die amerikanischen Reparationsfachverständigen eingeschifft haben, auch der Gouverneur der Bank von England, Norman. Diese Begleitung dürfte deshalb bedeutsam sein, als Norman in Newport Besprechungen mit prominenten amerikanischen Bankiers gepflogen hat.

Mussolini zur Reparationsfrage

Rom, 4. Februar. Im letzten Ministerrat sprach Mussolini im Verlaufe der höchsten Erklärungen zur auswärtigen Politik auch über den gegenwärtigen Stand der deutschen Reparationsverhandlungen. Diese Erklärungen werden erst jetzt veröffentlicht. Nachdem Mussolini festgestellt hatte, daß das Reparationsproblem nach wie vor das internationale politische Leben beherrscht, fügte er nach einer Anspielung auf die nächste Sitzung des Sachverständigenkomitees in Paris hinzu, die faschistische Regierung wünsche diesen Arbeiten den besten Erfolg. Gegenüber den anderen Gläubigerregierungen und gegenüber Deutschland sei der Faschismus willens, zu bleiben, was er auf allen vorhergehenden Entwicklungsetappen dieser Frage war, nämlich, ein fruchtbares Element des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Stabilisierung Europas ohne vorgetragene Meinungen und offen jeder billigen und vernünftigen Maßnahme. Italien seinerseits erwarte von den anderen, daß bei der Regelung der von Deutschland geschuldeten Reparations- und Reparationsschulden aufgebauten Ansprüchen auch die Italiens unveränderlichen Ansprüchen Berücksichtigung geleistet wird, entsprechend der erst kürzlich im Memorandum vom 12. November wiederholten Angabe, in dem Italien zur Genfer Entscheidung Stellung nahm. Italien könne unter keiner anderen Bedingung seine Einwilligung geben.

Belgiens „unabhängige“ Sachverständige

Brüssel, 4. Febr. Der belgische Ministerpräsident beauftragte sich angehts der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz am Montagmittag mit der Reparationsfrage. Die belgischen Sachverständigen Franconi und Gutt nahmen an der Beratung teil. Diese beiden Sachverständigen haben die Reparationsfrage sowohl vom allgemeinen Standpunkt als auch vom Standpunkt Belgiens geprüft und dem Ministerrat von dem Ergebnis ihrer Beratungen Kenntnis gegeben. Die Sachverständigen sind mit der belgischen Regierung einer Meinung, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um die Rechte Belgiens zu wahren.

Frankreich und der deutsche Winderheftenantrag

Paris, 4. Februar. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Ankündigung Dr. Stresemanns, die nächste Ratstagung des Völkerbundes mit der Winderheftenfrage zu befaßen, in Paris Ueberraschung ausgelöst, da man hoffte, daß Dr. Stresemann nach seiner Rückkehr aus Lugano anderen Sinnes werden würde. In gut unterrichteten Pariser Kreisen glaubt man zu wissen, daß die französische Haltung im Völkerbund vertritt und derjenigen Polens übereinstimmen dürfte. Auch hofft man, daß Uebereinstimmung mit den Vertretern der britischen Regierung erzielt werden kann. Auf französischer Seite wird man sich jedem Versuch, einen Untersuchungsanspruch einzuführen, widersetzen. Tagesgen ist man bereit, den Vertretern der Winderheften grundsätzlich zuzugehen, ihre Klagen persönlich vor dem Dreierausschuß des Rates zu vertreten.

Russisch-englische Ausgleichsverhandlungen

London, 4. Febr. Der Vorsitzende der Russisch-asiatischen Gesellschaft, Leslie Urquhart, befaßt in einer Presseerklärung, daß Verhandlungen mit der Sowjetregierung im Gange seien, um zu einem Ausgleich über die Rückgabe der beschlagnahmten Konzeption der Gesellschaft zu gelangen. Während in der Presse bereits bestimmte Angaben über die Grundlagen einer bevorstehenden Einigung gemacht wurden, weist Urquhart darauf hin, daß es im Hinblick auf die bereits seit neun Jahren schwebenden Verhandlungen unmöglich sei, irgend welche Voraussetzungen zu machen. Die Londoner Börse ist trotz dieser Erklärung ziemlich optimistisch. Die Aktien der Gesellschaft sind bedeutend gestiegen.

Unterzeichnung des Litwinow-Protokolls

Warschau, 4. Februar. Der polnische Gesandte in Moskau, Patel, wurde vom stellvertretenden Volkskommissar für Außerer, Litwinow, empfangen, dem er die Antwort Polens und Rumäniens über den Termin der Unterzeichnung des Litwinowprotokolls mitteilte. Polen und Rumänien sind mit dem von Litwinow vorgeschlagenen Termin am 7. Februar für die Unterzeichnung einverstanden.

Keine Entfernung der Zeitklausel

Newport, 4. Febr. Associated Press meldet aus Washington: Der Senat hat die Entfernung der Zeitklausel aus der Kreuzerzulassung, wonach die Klage vor dem 1. Juli 1931 erfolgen soll, mit 54 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Vindbergh wird in das Kabinett Hoover berufen

Newport, 4. Februar. Wie in gut unterrichteten politischen Kreisen Washingtons verlautet, soll dem Generalgouverneur der Philippinen, Henry C. Simloun, von Hoover das Angebot gemacht worden sein, die Stellung eines Staatssekretärs in seiner Regierung zu übernehmen. Simloun habe das Angebot angenommen. Auch Vindbergh soll als Staatssekretär für Luftfahrtwesen in die Regierung Hoovers berufen werden.

Der Reichstag berät die Handwerksnovelle

Berlin, 4. Febr. Der Wirtschaftsordnungsansatz beantragt Aufhebung der Annuitäten des Abg. Straßer (Nat. Soz.) wegen Verzweigung gegen das Republikanische in zwei Fällen. Abg. Dr. Friedl (Nat. Soz.) weist die Reichstagsfähigkeit des Hauses an. Nach kurzer Pause hielt Präsident Wöbe die Reichstagsfähigkeit fest, beruft aber für sofort eine neue Sitzung ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die zweite Lesung der Handwerksnovelle zur Gewerbeordnung fortgesetzt. Abg. Studissen (D. V.) erklärt es für einen Irrtum, daß das Handwerk dem Untergang gereicht sei. Es erübrige eine wichtige Aufgabe, zumal Deutschland nur durch Qualitätsarbeit wieder hochkommen könne. Mit der Vorlage ist der Redner einverstanden.

Abg. Dr. Dornmel (Dem.) glaubt ebenfalls nicht an den Untergang des Handwerks. Der Vorlage stimme er zu. Abg. Dreyer (Christl. Nat. V.) dagegen nennt die Vorlage nicht entbehrlich. Ammerlin könnte man von der Novelle eine Verbesserung hinsichtlich der Organisation des Handwerks erwarten. Der Redner beantragt allerdings Aufhebung des Wahlalters für die Handwerkskammer vom 21. auf das 24. Lebensjahr. Die Entscheidung der Handwerkskammer in die Zwangsmitnahmen sei zu beantragen, da diese nun endlich lernen, sich von den Zwangsmitgliedern nicht ohne weiteres annehmen zu lassen. (Munro und Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Abg. Voigt (D. V.) erkennt trotz großer Enttäuschung noch an, daß die Novelle manche Vorzüge bringe. Darum hätten die bayerischen Handwerkskammern ihre Wünsche einbringen zu lassen. Der Redner stimmt dem Antrag auf Verabschiedung des Wahlalters zu. Dem deutschnationalen Antrag, den Anwartschaftsangehörigen das Verbleiben in der freien Innung zu gestatten, stimmt er zu.

Abg. Artelt (Deutsch. Volk.) erwartet von der Vorlage keine durchgreifende Hilfe für notleidende Handwerker. Durch das neue Wahlrecht würden die Handwerkskammern politisiert.

Abg. Giesche (Komm.) befragt die Annahmestrukturen. Abg. Gänse (Christl. Nat. V.) gibt den Handwerkern die Zusicherung, daß die Bauern ihre treuesten Freunde seien.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten wird die vom Ausschuss gegebene Bestimmung wiederhergestellt, wonach die Zwangsinnungsmitglieder Mitglieder ihrer freien Innung bleiben können.

Alle übrigen Anträge werden abgelehnt. Das Gesetz wird dann in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die vom Wirtschaftsordnungsansatz beantragte Genehmigung zur Straßverfolgung des Abg. Straßer (Nat. Soz.) wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten erteilt.

Auf der Tagesordnung steht ferner die erste Lesung des Entwurfs über die unehelichen Kinder

und die Annahme an Kindes Statt

Abg. Frau Juchacz (Soz.) hat Bedenken gegen die neue Bestimmung des Entwurfs, daß die Erziehung von Kindern dem unehelichen Vater überlassen werden kann. Man müsse zum mindesten die Kontrolle des Kindesamtes einschalten. Der Entwurf sei eine Halbheit, da er vor der wirklichen Gleichstellung des unehelichen mit dem ehelichen Kinde schließlich doch zurückbleibe.

Abg. Frau Reubaus (Z.) erblickt in diesem Entwurf eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf. Auch sie hat große Bedenken dagegen, daß die elterliche Gewalt dem Vater übertragen werde, ebenso sei die zeitliche Uebertragung an Vater und Mutter nicht wünschenswert.

Die Katastrophe des Dampfers „Deister“

Erschütternde Einzelheiten

Lissabon, 4. Febr. Ueber den Untergang des deutschen Dampfers „Deister“ werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Schiff lief gestern vormittag in die Barre Duero ein und geriet infolge eines verkehrten Manövers beim Ankerwerfen auf ein Riff. Es gelang ihm, sich loszumachen. Es wurde dann aber gegen das Riff von Cabedelo geworfen. Infolge der hochgehenden See war es den Schleppdampfern und Rettungsbooten, die sich ihm zu nähern versuchten, unmöglich, Hilfe zu bringen. Das ledereingehüllte Schiff kam dann mit eigener Kraft aus der Barre heraus und versuchte, den Hafen Veigos zu erreichen, wurde aber bei Cabeco an die Küste geworfen, wo es zu sinken begann. Vom Lande aus suchte man dem Schiff nun mittels des Retortenapparates Hilfe zu bringen, jedoch hinderten die über das Deck hereinbrechenden Wellen die Schiffbrüchigen, die sich an den oberen Teilen des Schiffes angeklammert hatten, die hinübergehenden Seilen zu ergreifen. Die Menge am Ufer mußte, ohne helfen zu können, mit ansehen, wie die Wogen das Zerstückelnde forttrugen und einen Mann nach dem anderen in die Tiefe rissen. Die vier letzten Schiffbrüchigen hielten sich bis nachmittags 14 Uhr im Takelwerk. Dann brach der letzte Mast und wurde ein Spiel der Wogen. Von der Schiffsbemannung einschließlich des Kapitäns Becker, des vorwärtsgehenden Posten Pinto und des Hebereiagenten ist niemand gerettet worden. Insgesamt werden 26 Personen vermisst. Heute vormittag wurden an der Küste bei Vanda zwei der Schiffbrüchigen als Leichen anaspült. Das Unglück hat die Bevölkerung von Espo in Trauer versetzt.

Sehn Fischkutter mit 100 Mann eingefroren

São, 4. Febr. Große Besorgnis herrscht in Tromsø über das Schicksal der Befahrung von zehn Fischkuttern, die seit einer Woche im Malanarfjord eingekerkert sind. Man hatte ursprünglich gehofft, die Kutter durch einen Motorkutter freizubekommen, was jedoch nicht gelungen ist. Jeder der eingefrorenen Kutter hat acht bis zehn Mann an Bord. Man befürchtet, daß beim Einschlagen eines Sturmes das Eis ein-

Reichsjustizminister Koch

dankt den Vordruckern für die wohlwollende Aufnahme des Entwurfs. Eine Halbheit sei der Entwurf allerdings. Aber in unserer zerrütteten Zeit könne man leider kein Programm bis zu Ende durchführen. Die Fürsorge des Vaters sei nicht in allen Fällen von vornherein abzulehnen. Bei der Namensänderung sei die Mitwirkung des Angehenden bereits vorzusehen. Wenn die Mutter eine formale Pilegerin sei, solle sie die elterliche Gewalt bekommen.

In der Unterhaltspflicht, also in der wichtigsten Frage, werde übrigens das uneheliche Kind durch den Entwurf dem ehelichen völlig gleichgestellt.

Abg. Frau Overlach (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie benutzten die Not der proletarischen unehelichen Mütter nur für ihre Propaganda. Tatsächlich wollten die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten dem unehelichen Kind gar nicht das gleiche Recht geben wie dem ehelichen.

Eine Auszubehntlichung verlangt Schritte der Regierung, um den

Schlingengesellschaften des besetzten Gebietes den Schleichpost zu ermöglichen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Hammerung erlaubt die Annahme der Entschädigung mit 152 gegen 125 Stimmen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Halbe Maßnahmen

Löbe kapituliert vor den Kommunisten

Berlin, 4. Febr. Bekanntlich hatte der Reichstagspräsident Löbe nach den letzten kommunistischen Ausschreitungen auf der Reichstagstribüne den Mitgliedern der kommunistischen Reichstagsfraktion die Tribünenarten entsagen, die den einzelnen Parteien laufend vom Reichstagspräsidenten zur Verfügung gestellt zu werden pflegen. Diese Maßnahme hatte die Zustimmung aller übrigen Parteien gefunden. Löbe hat sich aber der harten kommunistischen Propaganda nun gebeugt und hat, wie die „Rote Rahn“ triumphierend mitteilt, der kommunistischen Reichstagsfraktion die Karten wieder zu stellen lassen.

Die Besprechung zwischen Braun und Stendel

Berlin, 4. Febr. Die Besprechung zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Führer der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Stendel, fand am Montagnachmittag zwischen 3.30 und 4 Uhr statt. Es ergab sich, daß für die Volkspartei nicht in der Konfordatfrage, sondern in der Frage der Verteilung der Ressorts die Hauptstimmkraft liegen wird. Stendel erinnerte an die Forderung der Zentrumsfraktion auf drei Ministerposten und erklärte, die Volkspartei müsse an ihrem Anspruch auf zwei Sitze festhalten, da für sie sonst nicht die erforderliche Grundlage gegeben sei, den Standpunkt der Volkspartei im Kabinett ausreichend zur Geltung zu bringen. Der Ministerpräsident sagte zu, daß er mit den Regierungsparteien erneut Fühlung nehmen werde. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß in den nächsten Tagen eine gemeinschaftliche Besprechung, vielleicht im Rahmen einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, stattfinden wird, zu der die Vertreter der Deutschen Volkspartei hinzugezogen werden würden.

Der Kaiser-Wilhelm-Kanal vom Eise blockiert

Riel, 4. Febr. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal ist infolge der Eisverhältnisse für Schiffe bis zu 500 Bristoregister-tonnen sowie für Ballastschiffe mit geringem Tiefgang blockiert. Viele Schiffe der verschiedensten Nationalitäten sitzen im Eise fest. Die Kanalbehörde hat beim Reichsverkehrsministerium Kriegsschiffe für den Eisbrecherdienst angefordert.

Lokomotivführer Rümmerl aus der Haft entlassen

München, 4. Febr. Wie aus Regensburg gemeldet wird, ist der Oberlokomotivführer und Stadtrat Rümmerl von Regensburg, der wegen des Eisenbahnunglücks in Sünching in Haft genommen worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Untersuchungsverfahren nimmt seinen Fortgang.

Neuregelung der Dienstzeit bei der Reichsbahn

Berlin, 4. Februar. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft teilt mit: Die Verhandlungen mit den Vertretern des Personals über die Dienstdauerfragen sind abgeschlossen worden. Der Begriff „besonders anstrengend Beschäftigte“, bei dem die 48-Stundenwoche gilt, ist weiter gefaßt, so daß ein größerer Teil des Personals in den Genuss der 48-Stundenwoche kommt. Ferner wurde bei besonders schnellfahrenden Zügen die Arbeitszeit des Lokomotivpersonals gekürzt und die höchst zulässige Arbeitszeit des Personals, das auf Hauptbahnen im täglichen Betriebsdienst beschäftigt wird, von 57 auf 56 Stunden herabgesetzt. Den weitergehenden Forderungen der Gewerkschaften konnte nicht entsprochen werden.